

Große Anfrage

der Abgeordneten Zink, Scharrenbroich, Günther, Höpfinger, Müller (Wesseling), Schreiber und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Thomae, Heinrich, Eimer (Fürth), Frau Folz-Steinacker, Frau Würfel, Frau Walz, Nolting, Kohn und der Fraktion der FDP

Politik für die Arbeitnehmer

I. Vorbemerkung

Bundesregierung und die Fraktionen der CDU/CSU und FDP haben in der ersten Hälfte der Legislaturperiode wichtige Gesetzesvorhaben und Reformwerke verwirklicht, die die Situation der Arbeitnehmer erheblich verbessert haben.

Von interessierter Seite wird dagegen die öffentliche Diskussion so geführt, als ob die Arbeitnehmer in besonderem Maße von der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik negativ betroffen seien.

Vor diesem Hintergrund und in Erwartung weiterer, für die Arbeitnehmer bedeutsamer Entwicklungen möge die Bundesregierung zu folgenden Fragen und Problemgebieten Stellung nehmen:

II. Gesamtwirtschaftliche Lage

1. Welche Politik hat die Bundesregierung seit 1982 zur Verbesserung der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktlage eingeschlagen, und wie verlief die wirtschaftliche Entwicklung seither?
2. Wie hat sich seit 1982 die Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktlage regional entwickelt? Welche Gründe waren für regional unterschiedliche Verläufe maßgeblich, und welche Möglichkeiten bestehen für die Bundesregierung, um regionalen und sektoralen Ungleichgewichten entgegenzuwirken?
3. Wie ist die gegenwärtige konjunkturelle Situation insgesamt sowie differenziert nach Branchen, und mit welcher wirtschaftlichen Entwicklung rechnet die Bundesregierung?

4. Mit welcher gesamtwirtschaftlichen Entwicklung rechnet die Bundesregierung auf mittlere Sicht, und welche Risiken sieht sie in diesem Zusammenhang?
5. Inwieweit haben die Arbeitnehmer an der gesamtwirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung hinsichtlich der Beschäftigungssituation, der Löhne, Gehälter und der Kaufkraft partizipiert?
6. Wie beurteilt die Bundesregierung den gegenwärtigen geldpolitischen Kurs der deutschen Bundesbank?
7. Wie schätzt die Bundesregierung vor dem Hintergrund hoher Kapitalintensität der Produktion und eines hohen Auslastungsgrades der Kapazitäten die Beschäftigungswirkungen einer Entkoppelung von Maschinenlaufzeit und Arbeitszeit ein? Lassen sich positive Auswirkungen der Arbeitszeitflexibilisierung mit Beispielen aus der betrieblichen Praxis belegen?
8. Wie bewertet die Bundesregierung Forderungen nach mehr sektoraler, regionaler und qualifikatorischer Lohn-differenzierung unter beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten? Wie bewertet die Bundesregierung in diesem Zusammenhang spezielle tarifliche Regelungen als Instrument zur Förderung der Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen?
9. Wie bewertet die Bundesregierung die Verantwortung der Tarifpartner für die Beschäftigung, insbesondere auch im Hinblick auf die Langzeitarbeitslosigkeit? Sind durch Sockellohnpolitik oder andere tarifliche Hemmnisse Beschäftigungschancen in einfachen Berufstätigkeiten erschwert worden?

Welche spezifischen Faktoren beeinträchtigen nach Kenntnis der Bundesregierung die Vermittelbarkeit von Langzeitarbeitslosen?

III. Wirtschaftliche Situation der Arbeitnehmer

1. Wie haben sich die Durchschnittsverdienste je beschäftigtem Arbeitnehmer (brutto, netto und real) seit 1950 entwickelt?
2. Wie entwickelten sich im gleichen Zeitraum die real verfügbaren Einkommen von Rentnern und Sozialhilfeempfängern?
3. Inwieweit fanden in dieser Zeit parallel zu Lohnerhöhungen Arbeitszeitverkürzungen und Urlaubsverlängerungen statt?
4. Wie haben sich privater Verbrauch und Ersparnis bei Arbeitnehmern und Rentnern seit 1950 entwickelt?
5. Inwieweit haben sich höhere Einkommen in einer verbesserten Ausstattung der Arbeitnehmerhaushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern und mehr Auslandsreisen niedergeschlagen?

6. Wie haben sich die Geld- und Sachvermögen der Arbeitnehmerhaushalte seit 1950 entwickelt?
7. Wie stark ist seit 1950 die Kaufkraft einer Arbeitsstunde gestiegen?

IV. Beschäftigung und Arbeitsmarkt

1. Wie haben sich Beschäftigung und Arbeitsmarkt in den letzten Jahren in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt, und welche Maßnahmen der Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik haben sich als besonders beschäftigungsfördernd ausgewirkt?
2. In welchem Umfang hat sich die mittelständische Wirtschaft, der personalintensivste Wirtschaftsbereich, der rd. zwei Drittel aller Arbeitsplätze bereitstellt, seit 1982 an der Schaffung von Arbeitsplätzen beteiligt, und inwieweit konnte der Mittelstand seine Investitionsfähigkeit im Hinblick auf die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze stärken?

Wie sind bestimmte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen von den Unternehmen (insbesondere kleinen und mittleren) angenommen worden?

3. Auf welche Ursachen führt die Bundesregierung die asynchrone Entwicklung von Beschäftigungszunahme einerseits und relativ geringer Veränderung der Arbeitslosenzahlen andererseits zurück?

Wie beurteilt die Bundesregierung den Tatbestand, daß die Zahl der offenen Stellen durch die Bundesanstalt für Arbeit in der Statistik mit ca. 249 000 (Mai 1989) ausgewiesen wird, sie gegenüber der Presse aber eine tatsächliche Zahl der offenen Stellen in Höhe von 550 000 angegeben hatte?

Welche Möglichkeiten bestehen für eine Verbesserung der Information über die Arbeitsmarktsituation?

4. Wie ist die Entwicklung des Arbeitsmarktes für Ungelernte einerseits und beruflich Qualifizierte andererseits, differenziert nach Männern und Frauen, verlaufen? Sind der Bundesregierung Prognosen zur Entwicklung der Beschäftigung sowie der Einkommen für diese Personengruppen bekannt?

Mit welchen Maßnahmen können nicht oder nicht mehr ausreichend qualifizierte Arbeitnehmer nach- oder weiterqualifiziert werden?

Hält die Bundesregierung es für erforderlich, daß trotz der bestehenden Arbeitslosigkeit Arbeitserlaubnisse für Saisonarbeiter gewährt werden? Sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf bei der Zumutbarkeitsanordnung?

5. Inwieweit gibt es heute trotz der insgesamt hohen Arbeitslosenzahlen regionalen oder qualifikatorischen

Arbeitskräftemangel? Welche Entwicklung erwartet die Bundesregierung für die nächsten Jahre, und welche Maßnahmen sieht die Bundesregierung, mit denen dieser Entwicklung auch von seiten der Tarifpartner gesteuert werden könnte? Welche Möglichkeiten bestehen, um die regionale Mobilität von Arbeitslosen zu fördern?

6. Wie hat sich die Jugendarbeitslosigkeit national und im internationalen Vergleich, insbesondere in den Mitgliedstaaten der EG, entwickelt? Wie ist die Entwicklung der Lehrstellensituation im Zeitverlauf? Ergeben sich beim Übergang von der Ausbildung auf den Arbeitsmarkt Schwierigkeiten für Jugendliche?
7. Welche Entwicklung hat die Frauenerwerbsbeteiligung genommen? Welche politischen Maßnahmen haben die Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt verbessert, und welche weiteren Maßnahmen plant die Bundesregierung? Mit welchen Maßnahmen wird Frauen der Wiedereinstieg in den Beruf nach der Erziehungsphase erleichtert und wie können sie ihre Qualifikation erhalten? Wie kann nach Auffassung der Bundesregierung erreicht werden, daß z.B. im gewerblich-technischen Bereich ausgebildete junge Frauen in verstärktem Umfang übernommen werden?
8. Wie viele Aussiedler und Übersiedler wurden in den letzten Jahren – und mit welchen Maßnahmen – in den Arbeitsmarkt integriert? Welche Entwicklung erwartet die Bundesregierung für die nächsten Jahre? Welche Altersstruktur und Qualifikation weist diese Gruppe der Aussiedler und Zuwanderer im Vergleich zur bisherigen Wohnbevölkerung auf?

Welche Schwierigkeiten sieht die Bundesregierung bei der Integration von Aussiedlern und Übersiedlern auf den deutschen Arbeitsmarkt? Gibt es signifikante Unterschiede in der Berufs- und Gehaltsstruktur der Über- und Aussiedler gegenüber den anderen Arbeitnehmern in der Bundesrepublik Deutschland? Welche Auswirkungen ergeben sich für den drohenden Fachkräftemangel?

9. Wie hat sich die Ausländerbeschäftigung entwickelt?
10. Sieht die Bundesregierung Probleme bei der Integration der Ausländer der zweiten und dritten Generation auf dem deutschen Arbeitsmarkt, und welche Anstrengungen sollten von der Wirtschaft unternommen werden?
11. Wie wirken sich Sprachprobleme bei der Ausländerintegration aus, wie wird ihnen entgegengewirkt, und welchen Qualifizierungserfolg haben diese Maßnahmen?
12. Wie hat sich die Beschäftigungssituation Schwerbehinderter entwickelt? Wieweit wird die Pflichtquote bei der

Beschäftigung Schwerbehinderter durch private und öffentliche Arbeitgeber erfüllt? Wie kann nach Auffassung der Bundesregierung die Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter noch weiter verringert werden?

13. Hält die Bundesregierung eine Verlängerung befristeter arbeitsmarktpolitischer Regelungen für sinnvoll?
14. Welche Maßnahmen können nach Auffassung der Bundesregierung dazu beitragen, den Arbeitsmarkt flexibler zu gestalten?
15. Welche arbeitsmarktpolitischen Instrumente wurden seit 1982 ausgebaut? Sind die Beschäftigungseffekte dieser Maßnahmen quantifizierbar?
16. Welche Personengruppen profitieren von den Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik in erster Linie? Wie viele dieser Personen waren vorher arbeitslos?
17. Aus welchen Gründen ist die Langzeitarbeitslosigkeit gestiegen? Welchen Beitrag müssen die Sozialpartner zur Bewältigung dieses Problems leisten? Welche Maßnahmen können gemeinsam mit Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Tarifpartnern ergriffen werden, um besonders schwervermittelbare Langzeitarbeitslose in den Arbeitsprozeß zu integrieren?

Wie hoch ist der Anteil der Langzeitarbeitslosen, die keine arbeitsmarktpolitisch relevanten Beeinträchtigungen (z. B. Krankheit, Alter, unzureichende oder Fehlbildung) haben, und was sind die Gründe für deren Arbeitslosigkeit?

18. Hält die Bundesregierung die von der Opposition geforderten steuerfinanzierten Beschäftigungsprogramme für einen geeigneten Weg zur Verminderung der Arbeitslosigkeit?
19. Wie hat sich die Anzahl und Quote der Teilzeitarbeitsplätze in der Bundesrepublik Deutschland und in den übrigen EG-Staaten seit 1970 entwickelt? In welchem Umfang besteht Bedarf nach Teilzeitarbeitsplätzen und wie entwickelt er sich im Verhältnis zum Angebot? Mit welchen Maßnahmen will die Bundesregierung eine Erhöhung der Quote der Teilzeitarbeitsplätze bei Frauen und Männern, in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst, erreichen? Welche Maßnahmen erwartet sie hierzu von den Tarifpartnern?
20. Wie bewertet die Bundesregierung unter Beschäftigungsgesichtspunkten eine verstärkte Flexibilisierung der Arbeitszeit? Gibt es rechtliche oder tarifliche Hemmnisse für eine stärkere Flexibilisierung der Arbeitszeit?
21. Welche Auswirkungen können sich aufgrund veränderter Arbeitswelt nach Auffassung der Bundesregierung für die Arbeit am Wochenende ergeben?

22. Wo liegen nach Meinung der Bundesregierung die Ursachen für den Umfang der geleisteten Überstunden? Kann die Zahl der Überstunden zugunsten von Neueinstellungen reduziert werden? Was können auch die Betriebe und die Tarifpartner dazu beitragen?
23. Wie hat sich die individuell geleistete Arbeitszeit seit 1960 im internationalen Vergleich, insbesondere im Verhältnis zu den anderen EG-Mitgliedstaaten, entwickelt? Wie hat sich die Arbeitszeitverkürzung verteilt auf wöchentliche und jährlich geleistete Arbeit? Wie hat sich die Lebensarbeitszeit im internationalen Vergleich, insbesondere im Verhältnis zu den anderen EG-Mitgliedstaaten, seit 1960 entwickelt?
24. Wie sind die Beschäftigungsverhältnisse, nach Frauen und Männern differenziert, verteilt auf Vollerwerb, sozialversicherungsrechtlich abgesicherte Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung?
25. Wie können nach Auffassung der Bundesregierung Mißbräuche bei geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen verhindert werden?
26. Was unternimmt die Bundesregierung hinsichtlich einer verstärkten Bekämpfung der „Schwarzarbeit“? Gibt es Informationen über die Größenordnung der illegalen Beschäftigung und deren Entwicklung in den letzten Jahren?
27. Welchen Einfluß haben neue Technologien auf den Arbeitsmarkt? Welche Sparten und Branchen sind hinsichtlich der Beschäftigung durch besonders starken Wandel betroffen?

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß neue Technologien sich nicht als Jobkiller erweisen, sondern langfristig neue Arbeitsplätze schaffen? Können neue Technologien die Vereinbarkeit von Familienpflichten und Berufstätigkeit erleichtern?
28. Welchen Stellenwert weist die Bundesregierung der Weiterbildung von Arbeitnehmern, insbesondere mit Blick auf die Öffnung des gemeinsamen Marktes, zu?
29. Sieht die Bundesregierung Ansätze, das Weiterbildungsangebot für den Arbeitnehmer überschaubarer zu machen?
30. Werden nationale Weiterbildungs-(Umschulungs-)maßnahmen für Arbeitnehmer auch aus Fonds der Europäischen Gemeinschaft gefördert?
31. Wie hat sich die soziale Situation bei von Arbeitslosigkeit Betroffenen entwickelt? Welche Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Situation hat die Bundesregierung ergriffen? Welcher Anteil der Sozialhilfeausgaben geht auf die Ursache Arbeitslosigkeit zurück?

32. Welche Information hat die Bundesregierung über Anzahl und Umfang der von einzelnen Städten gegründeten Beschäftigungsgesellschaften zur Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen und insbesondere Sozialhilfeempfängern?

Wie bewertet die Bundesregierung diese Maßnahmen unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten? In welchem Umfang entlasten sich die Kommunen durch diese Maßnahmen von Sozialhilfekosten zu Lasten der Bundesanstalt für Arbeit?

V. Steuern

1. Welche Auswirkungen hat die dreistufige Steuerreform für Arbeitnehmer und Familien ohne Kinder und mit eins, zwei, drei Kindern in verschiedenen Einkommensgruppen? Wie hoch ist die Entlastung? Wie hätte sich die Steuerbelastung ohne Steuerreform entwickelt?
 2. Welche familienbezogenen Komponenten hat die Steuerreform? Wieviel Prozent Lohn-/Einkommensteuer zahlt eine Familie mit eins, zwei, drei Kindern gegenüber einem kinderlosen Ehepaar mit gleichem Bruttoeinkommen 1982 und 1990?
 3. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es wünschenswert wäre, die Steuerpflicht erst oberhalb eines Existenzminimums einsetzen zu lassen, das dem bei der Sozialhilfe anerkannten nahekommt?
 4. Wie hat sich der Grundfreibetrag im Zeitraum von 1970 bis 1990 entwickelt? In welchem Umfang ist bei Arbeitnehmern zwischen 1982 und 1990 das lohnsteuerfreie Einkommen gestiegen, unterschieden nach Ledigen ohne Kinder, Alleinerziehenden, Verheirateten ohne Kinder und Verheirateten mit Kindern? Wie viele Arbeitnehmer wurden gänzlich von der Steuer befreit?
 5. Wie beurteilt die Bundesregierung die immer wieder erhobene Forderung, den steuerlichen Kinderfreibetrag zugunsten einer Aufstockung des Kindergeldes abzuschaftern?
 6. Welche Steuermindereinnahmen werden durch die Absenkung des Eingangssteuersatzes von 22 auf 19 Prozent im Jahre 1990 verursacht? Welche Steigerung des Steueraufkommens mußte aufgrund der 1975 erfolgten Anhebung des Eingangssteuersatzes von 19 auf 22 Prozent von der Bevölkerung hingenommen werden?
 7. Wie hat sich das Gesamtsteueraufkommen im Vergleich der Besteuerung von direkten und indirekten Steuern entwickelt?
- Hält die Bundesregierung das derzeitige Verhältnis für ausgewogen? Korrigiert die Steuerreform den bisherigen Entwicklungstrend?

8. Welche gesellschaftlichen Gruppen von Steuerpflichtigen unterliegen dem Lohnsteuerabzug, und wie hoch werden deren Anteile am Lohnsteueraufkommen geschätzt?

VI. Familie

1. Welche familienpolitischen Maßnahmen wurden mit welchem Kostenvolumen und welcher Auswirkung für eine Durchschnittsfamilie mit 2 Kindern auf den Weg gebracht?
2. Wie hoch ist die Inanspruchnahmequote bei
 - Erziehungsurlaub,
 - Erziehungsgeld;wie hoch ist der Anteil der Erziehungsgeldbezieher/innen, die über den 6. Monat hinaus Erziehungsgeld erhalten; wie hoch ist der durchschnittliche Betrag?
Welche Auswirkungen hat dies auf den Arbeitsmarkt?
3. Mit welchen Regelungen und seit wann ergänzen die einzelnen Bundesländer die familienpolitischen Maßnahmen auf Bundesebene?
4. Wie viele Rentenbezieherinnen haben bisher von der Anrechnung von Kindererziehungszeiten profitiert?
Wie hoch ist der Durchschnittsbetrag?
Wie groß ist die Zahl der vor 1921 geborenen Frauen, die eine Rentenleistung aufgrund ihrer Kindererziehung erhalten?
Wie hoch ist der Durchschnittsbetrag der Rentenleistung für diese Frauen?
5. Wie viele Personen verdanken allein ihren Kindererziehungszeiten einen eigenen Rentenanspruch?
6. Wie hat sich seit 1982 der Anteil der familienbezogenen Leistungen am Sozialbudget in absoluten Beiträgen und prozentual entwickelt?
7. Wie haben sich die Zahl der Kinder und die Kindergeldausgaben seit 1960 entwickelt, und welche Ausgabenansätze unterstellt die Bundesregierung bis 1992?

VII. Wohnen

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die jetzige und zukünftige Wohnungsversorgung der Bevölkerung, insbesondere der Arbeitnehmer?
Wie hat sich die Versorgung mit Wohnflächen und die Ausstattung der Wohnungen seit 1950 entwickelt?
2. Wie hat sich seit 1950 das Wohneigentum entwickelt? Können Angaben über Wohneigentum in Arbeitnehmerhand gemacht werden?

Wie ist die Wohneigentumsquote in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu den Nachbarländern zu beurteilen?

3. Mit welchen Maßnahmen und Beträgen wird das Wohneigentum durch den Staat gegenwärtig und künftig gefördert?
4. Wie hat sich die Zahl der Wohngeldempfänger und der Anteil der Arbeitnehmer unter den Wohngeldempfängern entwickelt?

Wie hoch war der jeweilige durchschnittliche Zahlbetrag?

5. Wie sieht die Bundesregierung die zukünftige Entwicklung der Wohnungsversorgung, und welche Wirkung erwartet sie von den verbesserten Rahmenbedingungen im Miet- und Wohnungsbau?

VIII. Arbeitsrecht/Arbeitsschutz

1. Welche Schwerpunkte setzt die Bundesregierung im Bereich der Humanisierung des Arbeitslebens?

Welche Projektschwerpunkte werden wie im Programm „Arbeit und Technik“ gefördert?

2. Wie bewertet die Bundesregierung die gegenwärtige Situation beim Unfallschutz?

Was tut die Bundesregierung, um das hohe Niveau des deutschen Unfallschutzes auch bei Realisierung des europäischen Binnenmarktes zu gewährleisten?

3. Wie hat sich das Betriebsverfassungs- und Mitbestimmungsrecht seit 1982 entwickelt?

IX. Soziale Sicherung

1. Hält die Bundesregierung angesichts der demographischen Entwicklung eine dauerhafte Sicherung der bestehenden und vor allem für Arbeitnehmer geschaffenen Sozialversicherungssysteme für möglich, und wie will sie dies erreichen?
2. Wie haben die Finanzierungsanteile von Bund, Ländern, Gemeinden, Unternehmen und privaten Haushalten am Sozialbudget sich seit 1960 entwickelt?
3. Hält die Bundesregierung es für denkbar und sinnvoll, die soziale Sicherung wieder stärker von einer Beitragsauf eine Steuerfinanzierung umzustellen?
4. Wie haben sich die Haushaltseinkommen der Rentner seit 1970 entwickelt?
5. Hält die Bundesregierung flexiblere Formen des Renteneintritts für wünschenswert, und – wenn ja – durch welche Maßnahmen will sie solche Möglichkeiten eröffnen oder fördern?

6. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung zur besseren Absicherung von Pflegepersonen und Pflegebedürftigen auf den Weg gebracht?

Wie kann die Eigenvorsorge in diesem Bereich verstärkt werden?

7. Gibt es Hinweise auf erste Ergebnisse des Gesundheits-Reformgesetzes, insbesondere im Punkt Beitragssatzentwicklung? Wie hätten sich die Beitragssätze und damit die Beitragsbelastung der Versicherten ohne die Gesundheits-Reform vermutlich weiterentwickelt? Wie hoch sind demgegenüber die Entlastungen bei stabilen Beitragssätzen (allgemein und für den Durchschnittsverdiener)?
8. Wann und mit welchen Schwerpunkten beabsichtigt die Bundesregierung die mit dem Gesundheits-Reformgesetz im gegliederten System der gesetzlichen Krankenversicherung begonnene Strukturreform mit einem Organisationsgesetz und einer Krankenhausreform abzurunden?
9. Kann die Bundesregierung bestätigen, daß bei der Inanspruchnahme von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt zunehmend auch „Verhaltensdispositionen“ der Hilfeempfänger (z. B. veränderte Einstellung zur Inanspruchnahme von Sozialhilfeleistungen bei jüngeren Erwachsenen) eine Rolle spielen (vgl. Monatsbericht der Deutschen Bundesbank vom April 1989, insbesondere Seiten 36 und 41)?

Bonn, den 7. August 1989

Zink
Scharrenbroich
Günther
Höpfinger
Müller (Wesseling)
Schreiber
Dr. Becker (Frankfurt)
Dörflinger
Fuchtel
Funk (Gutenzell)
Gerster (Mainz)
Frau Dr. Hellwig
Herkenrath
Dr. Hornhues
Dr. Kappes
Dr. Kronenberg
Frau Limbach
Link (Diepholz)
Link (Frankfurt)
Louven

Pfeffermann
Rauen
Frau Rönsch (Wiesbaden)
Sauer (Stuttgart)
Schemken
Scheu
Seesing
Strube
Dr. Dregger, Dr. Bötsch und Fraktion

Dr. Thomae
Heinrich
Eimer (Fürth)
Frau Folz-Steinacker
Frau Würfel
Frau Walz
Nolting
Kohn
Mischnick und Fraktion

